

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Manuel Baruschke (anwesend bis einschl. TOP 12.1)

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Beigeordnete Christina Heide

Ratsmitglied Susanne Kempcke (anwesend bis einschl. TOP 12.1)

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Ratsmitglied Uwe Reese (anwesend bis einschl. TOP 12.1)

Beigeordneter Detlef Schön

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied ChristianE Seyffer

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti (anwesend bis einschl. TOP 12.1)

Ratsmitglied Thorsten Moriße (anwesend bis einschl. TOP 12.1)

Ratsmitglied Detlef Stump (anwesend bis einschl. TOP 12.1)

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Michael Kiesewetter

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtbaurat Nikša Marušić

Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Nicole Biela

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereich Kommunikation & Koordination Andreas Satzke

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Beigeordneter Ulf Berner

Ratsmitglied Martin Ehlers

Ratsmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Beigeordneter Jens Stoffers

als Gast

Wirtschaft und Regionalmanagement Elke Schute

TenneT TSO GmbH Steffen Dehning

TenneT TSO GmbH Axel Ellersiek

TenneT TSO GmbH Alexander Gerasimowitsch

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 4-5 und S. 29

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

| | | |
|-------|--|-----------------|
| 7.1 | Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen (auf Antrag der CDU-Fraktion) | |
| 7.1.1 | Änderung der Zusammensetzung des Seniorenbeirates | 88/2022 |
| 7.2 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat | 90/2022 |
| 8.1.1 | Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2021 (Kernverwaltung) | 86/2022 |
| 8.1.2 | Teilnahme am Förderprogramm „Zukunftsregionen in Niedersachsen“ | 123/2022 |
| 8.1.3 | Änderung der Ressortverteilung innerhalb der Geschäftsführung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH | 139/2022 |
| 8.2.1 | Antrag WIN@WBV-Fraktion: "Beauftragung einer Unternehmensberatung für das Projekt „Attraktivitätssteigerung und Optimierung der Stadtverwaltung“" | 521/2022 |
| 8.3 | Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön) | |
| 8.3.1 | Bebauungsplan Nr. 80 A, 6. Änderung (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan 034 (VEP 034) -Güterstraße- / Gartencenter - 1. Zustimmung zum Durchführungsvertrag 2. Behandlung der Stellungnahmen Satzungsbeschluss | 114/2022 |
| 8.3.2 | Bebauungsplan Nr. 40, 7. Änderung, Havermonikenstraße / Kohlenhafen Aufstellungsbeschluss | 115/2022 |
| 8.3.3 | Bebauungsplan Nr. 227 (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan (038 (VEP 038) Kreuzungsbereich Preußen- / Möwenstraße Aufstellungsbeschluss | 116/2022 |
| 8.3.4 | 92. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973, Ehemalige Südzentrale, Aufstellungsbeschluss | 118/2022 |
| 8.3.5 | Bebauungsplan Nr. 098 (vorhabenbezogen) Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 039 (VEP 039, Ehemalige Südzentrale, Aufhebungs- und Aufstellungsbeschluss | 117/2022 |
| 8.3.6 | Soziale Stadt Verlängerung der Gültigkeit der Sanierungssatzung "Westliche Südstadt" bis 31.12.2024 | 126/2022 |
| 8.4.1 | Antrag SPD-Fraktion: "Aufnahme Ukrainischer Geflüchteter" | 522/2022 |
| 8.5.1 | Streaming und Videoaufzeichnung von Ratssitzungen | 213/2021 |
| 8.6.1 | Neubau Trilaterales Weltnaturerbe Wattenmeer Partnerschaftszentrum (TWWP) - Ergebnisse nach Einsparungsuntersuchung | 138/2022 |
| 8.6.2 | Initiativantrag des Ortsrates Sengwarden gem. § 94 Abs.3 NKomVG: Richtlinie zur Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Grundvermögen der Gemeinde, soweit diese im Ortsratsgebiet liegen | 506/2022 |
| 8.7.1 | Optimierung der Parkraumbewirtschaftung (hier: Handyparken, Parkgebühren, Parkzeiten, Parkbereiche) | 132/2022 |
| 8.8.1 | Berufung/Abberufung eines beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss | 102/2022 |
| 8.9.1 | Beauftragung einer Schulentwicklungsplanung (SEP) | 129/2022 |
| 10.1 | Antrag Gruppe „GRÜNE und GfW“: "Prüfauftrag zur Errichtung von Photovoltaik-Solarthermie-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden" | 523/2022 |
| 10.2 | Antrag der CDU-Fraktion: Entwicklung geeigneter Projekte zur Förderung der Gesundheit und Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise an Schulen | 526/2022 |
| 10.3 | Antrag der CDU-Fraktion: Einrichtung eines Studienseminars für das Berufsbild "Schulleiterin/Schulleiter" | 527/2022 |
| 10.4 | Antrag Gruppe "GRÜNE und GfW": WLAN für Geflüchtete in Sammelunterkünften | 529/2022 |
| 10.5 | Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Gruppe "GRÜNE und GfW", WIN@WBV-Fraktion, Gruppe "Die BUNTEN" und Gruppe "FDP/FW": Beschlussverfahren über den Masterplan Stadtpark | 534/2022 |
| 10.6 | Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Gruppe "GRÜNE und GfW", WIN@WBV-Fraktion, Gruppe "Die BUNTEN" und Gruppe "FDP/FW": Maßnahmen zur Einsparung von Energie durch die Stadt Wilhelmshaven | 535/2022 |
| 10.7 | Initiativantrag des Ortsrates Sengwarden gem. § 94 Abs.3 NKomVG: Aufnahme einer Kindertagesstätte in Fedderwarden in die Kindergartenbedarfsplanung und Ankauf eines Grundstückes | 528/2022 |
| 11.1 | Anfrage der AfD-Fraktion nach Schutzräumen für die Bevölkerung | 525/2022 |

| | | |
|------|---|----------|
| 11.2 | Anfrage Gruppe "Grüne und GfW": Erhaltung Gebäude "Alter Schlachthof" | 530/2022 |
| 11.3 | Anfrage Gruppe "Grüne und GfW": Zustand "Deichfriedhof" | 531/2022 |
| 11.4 | Anfrage Gruppe "Grüne und GfW": Zustand "Städt. Lagerhaus" | 532/2022 |
| 11.5 | Anfrage Gruppe "GRÜNE und GfW" zum beabsichtigten Verkauf bzw. Ankauf des Jadezentrums im Jahr 2012 | 533/2022 |
| 12 | Einwohnerfragestunde II | |

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Feist bat, den **Vortrag zu TOP 9** vorzuziehen, um keine Wartezeit für die externen Gäste entstehen zu lassen.

Herr Schönfelder informierte über die Tischvorlage. Gegen die Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage unter dem neuen **Punkt 7.1.1** erhob sich kein Widerspruch.

Herr Hager zog seinen Antrag zu **TOP 8.4.1** zurück.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 16.03.2022 (fortgesetzt am 30.03.2022) - soweit vorliegend

Das Protokoll lag noch nicht vor.

4 Einwohnerfragestunde I

4.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde

4.1.1 Anfrage der Herren Rotter und Ihnen zu Baumfällungen und Ersatzpflanzungen

Herr Marušić beantwortete die Einwohneranfrage wie folgt:

„Wie viele Bäume* wurden in den letzten 5 Jahren gefällt?“

2017: 129 Stck

2018: 136 Stck

2019: 140 Stck

2020: 136 Stck

2021: 136 Stck

2022: 37 Stck (Stand 28.04.2022)

714 Stck

*Laubbäume mit einem Stammumfang von mindestens 100 cm in 1,00 m Höhe über dem Erdboden gemessen.

Fällungen zur Gefahrenabwehr und Sofortmaßnahmen sind hier nicht mit aufgeführt bzw. müssen bei der Unteren Naturschutzbehörde nicht beantragt werden.

Welche Verpflichtungen zu Ersatzpflanzungen sind daraus erwachsen?

Die Verpflichtung die sich daraus ergibt ist, dass für die Jahre 2017-2022 (Stand 28.04.2022) insgesamt 714 Laubbäume nach den Vorgaben der Baumschutzsatzung nach zu pflanzen sind.

Wie weit sind Planung und Durchführung dieser Pflanzungen gediehen?

2017: 72 Stck gepflanzte Bäume
2018: 79 Stck gepflanzte Bäume
2019: 79 Stck gepflanzte Bäume
2020: 40 Stck gepflanzte Bäume
2021: 95 Stck gepflanzte Bäume
2022: 54 Stck gepflanzte Bäume - (Stand 28.04.2022)

419 Stck

Weitere Pflanzungen sind im Herbst/Winter 2022 in Planung.

Die Verzögerung der Pflanzungen ergeben sich aus den folgenden Einflussfaktoren:

1. Standortverhältnisse von Nachpflanzungen im Straßenraum erfordern detaillierte Planungsabläufe (Bodenverhältnisse/ Ansprüche der Versorger/ Umgestaltung von Nebenanlagen bzw. Baumscheiben). Dafür stehen nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung
2. Aus dem beauftragten aber noch nicht beschlossenen Stadtbaumkonzept ergeben sich wichtige und nachhaltige Planungsvorgaben, die es gilt zu berücksichtigen. Diverse Pflanzungen in Straßenräumen sollen nach dem Konzept erfolgen.
3. Die Verfügbarkeit von Klimabäumen (Bäume die den klimatischen Veränderungen dauerhaft standhalten) auf dem Markt ist in den letzten 4 Jahren stark gesunken. Gründe hierfür sind einerseits die hohe Nachfrage und andererseits, die Produktionsausfälle in den Baumschulen durch die letzten trockenen Sommer.“

9.1 Vortrag Fa. TenneT zum neuen Umspannwerk

Im Rahmen einer Präsentation stellten **Herr Steffen Dehning**, **Herr Axel Ellersieck** und **Herr Alexander Gerasimowitsch** von der Firma TenneT das Vorhaben einer Umspannwerksfläche im Bereich des B-Planes 191 Bauens/Memershausen vor.

(Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

5 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

6 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Oberbürgermeister Feist informierte über die folgenden Beschlüsse des Verwaltungsausschusses:

- 92. Änderung des Flächennutzungsplanes Ehemalige Südzentrale Beschluss über die Art der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
- Bebauungsplan Nr. 98 (vorhabenbezogen)/Vorhaben-und Erschließungsplan 039 (VEP 039) Ehemalige Südzentrale Beschluss über die Art der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit.

Herr Marušić erläuterte dazu den Ablauf einer „frühzeitigen Beteiligung“, wozu auch **Herr Schön** einige ergänzende Ausführungen machte.

7 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordnete Heide)7.1 Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen (auf Antrag der CDU-Fraktion)

Herr Heinemann beantragte, für den „**Stadtteilbeirat**“ anstelle von Herrn Michael Grigorieff Ratsfrau Heidi Bosse einzusetzen.

Aufgrund der Regelungen in der neuen Geschäftsordnung wurden für die WIN@WBV-Fraktion sowie für die Gruppe „GRÜNE und GfW“ die folgenden Vertreter in Fachausschüssen benannt:

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und HäfenFraktion WIN@WBV

Ratsherr Becker, Stefan
Beigeordneter Bulla, Markus

Vertreter/in

Ratsherr Weithöner, Dr. Uwe
Ratsherr Fischer, Olaf

Gruppe GRÜNE und GfW

Beigeordneter Berner, Ulf
Beigeordneter Burkhart, Martin

Vertreter/in

Ratsfrau Kloster, Antje
Ratsfrau Stomberg, Petra

Ausschuss für KulturFraktion WIN@WBV

Ratsfrau Kirstges, Dr. Angela

Vertreter/in

Beigeordneter Bulla, Markus

Gruppe GRÜNE und GfW

Ratsfrau Stomberg, Petra
Ratsherr Schaar, Miguel

Vertreter/in

Ratsfrau Kloster, Antje
Ratsherr von den Berg, Michael

Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen

Gruppe GRÜNE und GfW
Ratsfrau Stomberg, Petra
Ratsherr von den Berg, Michael

Vertreter/in
Ratsfrau Seyffer, Christiane
Ratsfrau Kloster, Antje

Ausschuss für Planen und Bauen

Fraktion WIN@WBV
Ratsherr Fischer, Olaf

Vertreter/in
Beigeordneter Bulla, Markus

Gruppe GRÜNE und GfW
Ratsfrau Seyffer, Christiane
Ratsfrau Stomberg, Petra

Vertreter/in
Beigeordneter Burkhardt, Martin
Ratsherr von den Berg, Michael

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration

Fraktion WIN@WBV
Ratsfrau Kirstges, Dr. Angela

Vertreter/in
Ratsherr Weithöner, Dr. Uwe

Gruppe GRÜNE und GfW
Ratsherr Schaar, Miguel
Beigeordneter Burkhardt, Martin

Vertreter/in
Ratsfrau Stomberg, Petra
Ratsherr von den Berg, Michael

Ausschuss für Sport

Fraktion WIN@WBV
Ratsherr Becker, Stefan

Vertreter/in
Ratsherr Weithöner, Dr. Uwe

Gruppe GRÜNE und GfW
Beigeordneter Burkhardt, Martin
Ratsherr von den Berg, Michael

Vertreter/in
Ratsfrau Stomberg, Petra
Ratsfrau Seyffer, Christiane

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz

Fraktion WIN@WBV
Ratsherr Weithöner, Dr. Uwe

Vertreter/in
Ratsfrau Kirstges, Dr. Angela

Gruppe GRÜNE und GfW
Ratsfrau Kloster, Antje
Ratsfrau Seyffer, Christiane

Vertreter/in
Ratsfrau Stomberg, Petra
Ratsherr von den Berg, Michael

Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss

Fraktion WIN@WBV
Ratsherr Fischer, Olaf

Vertreter/in
Ratsherr Weithöner, Dr. Uwe

Gruppe GRÜNE und GfW
Beigeordneter Berner, Ulf
Beigeordneter Burkhardt, Martin

Vertreter/in
Ratsherr von den Berg, Michael
Ratsherr Schaar, Miguel

Rechnungsprüfungsausschuss

Fraktion WIN@WBV
Beigeordneter Bulla, Markus

Vertreter/in
Ratsherr Weithöner, Dr. Uwe

Gruppe GRÜNE und GfW
Ratsfrau Kloster, Antje
Ratsherr von den Berg, Michael

Vertreter/in
Ratsfrau Seyffer, Christiane
Beigeordneter Burkhardt, Martin

Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude

Gruppe GRÜNE und GfW
Ratsfrau Stomberg, Petra
Beigeordneter Burkhardt, Martin

Vertreter/in
Ratsfrau Seyffer, Christiane
Ratsherr von den Berg, Michael

Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven

Gruppe GRÜNE und GfW
Ratsherr Schaar, Miguel
Beigeordneter Burkhardt, Martin

Vertreter/in
Ratsfrau Stomberg, Petra
Ratsfrau Seyffer, Christiane

Schulausschuss

Gruppe GRÜNE und GfW
Beigeordneter Burkhardt, Martin
Ratsherr von den Berg, Michael

Vertreter/in
Ratsfrau Stomberg, Petra
Ratsfrau Kloster, Antje

Frau Heide, Herr Heinemann und **Herr Tönjes** erklärten, die Benennung der Vertreter nachreichen zu wollen.

Den vorgetragenen Umbesetzungen wurde **einstimmig zugestimmt**.

7.1.1 Änderung der Zusammensetzung des Seniorenbeirates**88/2022**

Herr Schönfelder trug den Beschlussvorschlag vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Nach Ausscheiden von Herrn Dr. Weithöner aus dem Seniorenbeirat wird **Herr Wolfgang May** als nachrückendes Mitglied benannt.

7.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **90/2022**

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.05.2022 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

| Zuwender/in | Betrag | Empfänger, Verwendungszweck |
|---|-----------|---|
| 1. Bürgerverein Fedderwardergroden e. V. Vorsitzende Frau Marion Reiners Freiligrathstraße 289 26389 Wilhelmshaven | 4.392,79€ | 4 Sitzgruppen und 1 Sitzbank (Aufstellung in Grünanlagen) |

8 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

8.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Häfen
(Beigeordneter Heinemann)

8.1.1 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2021 (Kernverwaltung) **86/2022**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.05.2022 vor.

Herr Bruns informierte über die Eckdaten des vorläufigen Jahresabschlusses und beantwortete eine Nachfrage von **Frau Dr. Kirstges**.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten vorläufigen Jahresabschluss 2021 zur Kenntnis.

8.1.2 Teilnahme am Förderprogramm „Zukunftsregionen in Niedersachsen“ **123/2022**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.05.2022 vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Tönjes** informierte **Frau Schute** über den Stand der Bewerbung zur Auswahl und Anerkennung als Zukunftsregion.

An der anschließenden Diskussion zum Thema beteiligten sich **Herr Tönjes, Frau Stomberg, Oberbürgermeister Feist, Herr Heinemann** und **Herr Dr. Schulte**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 31 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt beschließt, dass die kreisfreie Stadt Wilhelmshaven gemeinsam mit den Landkreisen Friesland, Wesermarsch und Wittmund eine „Vereinbarung zur Bildung der Zukunftsregion JadeBay“ unterzeichnet. Die Vereinbarung beinhaltet

- die gemeinsame Zusammenarbeit der Partner:innen als gleichberechtigte Träger:innen im Rahmen der Zukunftsregion,
- die gemeinsame Umsetzung des Zukunftskonzeptes,
- die Umsetzung der Steuerungsstruktur,
- die Bevollmächtigung des Lead-Partners, diese Funktion für die Zukunftsregion wahrzunehmen und rechtlich verbindliche Willenserklärungen abzugeben sowie die gemeinsame Ko-Finanzierung des Regionalmanagements.

8.1.3 Änderung der Ressortverteilung innerhalb der Geschäftsführung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **139/2022**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.05.2022 vor.

Zwischen **Herrn Burkhardt** und **Oberbürgermeister Feist** wurden kurz die Verantwortlichkeiten der beiden Geschäftsführer am Klinikum erörtert.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 34 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH wird angewiesen, die mit Beschluss des Rates vom 27.05.2020 der Geschäftsführung zugewiesenen Aufgabenbereiche wie folgt abzuändern:

Dem Ressort Baugeschäftsführung wird der Aufgabenbereich „anfallende, notwendige Unterhaltungs-Instandsetzung-und Baumaßnahmen (Umbau, Anbau, Neuerrichtung) im bisherigen Klinikbau“ hinzugefügt.

Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung sind entsprechend anzupassen.

8.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
(Ratsherr Walpurgis)

8.2.1 Antrag WIN@WBV-Fraktion: "Beauftragung einer Unternehmensberatung für das Projekt „Attraktivitätssteigerung und Optimierung der Stadtverwaltung“" **521/2022**

Herr Bulla brachte den Antrag der WIN@WBV-Fraktion ein und begründete diesen. Anschließend beantragte er die folgende **Änderung**:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis zur Ratssitzung im Juni 2022 eine Ausschreibung vorzubereiten, um eine Unternehmensberatung zu engagieren, die Expertise besitzt, den Prozess der Attraktivitätssteigerung und Optimierung der Arbeitgebermarke Stadtverwaltung zu begleiten:

Die Unternehmensberatung wird zeitnah für die erste Phase mit einem Umfang von 30 Beratertagen (beim Anbieter) nach Zuarbeitung in der Zentralverwaltung (ca. 2

Manntage) und jeweiligen Interviews (ca. 1 Stunde) mit den jeweiligen Führungskräften beauftragt.

Zielsetzung in dieser Phase ist die Untersuchung der durch die Automatisierung (insbesondere Online-Zugangsgesetz) besonders betroffene Bereiche im Hinblick auf Veränderungen in der Personalausstattung:

- 1) Identifizierung der Bereiche*
- 2) Zukünftige Personalbemessung.“*

An der Diskussion über die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung beteiligten sich **Herr Schön, Herr Brandt, Herr Walpurgis, Frau Seyffer, Herr Moriß, Frau Dr. Kirstges, Herr Dr. Weithöner** und **Herr Dr. Schulte**. Dabei ging es zum einen um die Wahrnehmung dieser Aufgabe durch den zuständigen Referatsleiter, zum anderen auch um die Einbindung des Personalrates.

Angesichts des umfangreichen Änderungsantrages, der nicht allen Ratsmitgliedern vorgelegen hatte, beantragte **Herr Becker** die **Zurückverweisung** an den zuständigen Fachausschuss.

Dem **Verweisungsantrag** wurde bei 39 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis zur Ratssitzung im Juni 2022 eine Ausschreibung vorzubereiten, um eine renommierte Unternehmensberatung zu engagieren, die Expertise besitzt, den Prozess der Attraktivitätssteigerung und Optimierung der Arbeitgebermarke Stadtverwaltung zu begleiten und insbesondere kritisch Prozesse und Schnittstellen analysiert und mit Hilfe Benchmark-Vergleiche im Hinblick auf die Personalbemessung Vorschläge entwickelt. Ein für die Kosten der Unternehmensberatung entsprechender Nachtragshaushalt für das Jahr 2022 und ein Haushalt für das Jahr 2023 ist von der Kämmerei einzustellen.

Ziel ist es eine bürgerfreundliche, schlanke und moderne Stadtverwaltung (weiter-) zu entwickeln, die auch für potenzielle Beschäftigte eine hohe Arbeitgeberattraktivität anstrebt.

Der Ausschuss Personal und Gleichstellung und der Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss werden die Ausschreibung für die Beauftragung der Unternehmensberatung eng begleiten, den Auswahlprozess koordinieren und dem Rat für die Sitzung im September 2022 eine zu beauftragende Beratungsgesellschaft vorschlagen.

Grundlage der Untersuchung ist eine Analyse des aktuellen Digitalisierungsstands, der grundlegenden Prozessabläufe und Schnittstellen und der Personalqualität und -quantität. Die

Unternehmensberatung soll beauftragt werden auf dieser Grundlage mit den jeweiligen Organisationseinheiten der Stadtverwaltung zusammen folgende Maßnahmenvorschläge unter Berücksichtigung offener Standards und Schnittstellen sowie vorhandener und sich abzeichnender Kooperationslösungen und -angebote (Bundes-, Landesebene, interkommunal) zu erarbeiten und dem Rat vorzustellen:

- 1) Identifikation geeigneter Digitalisierungsmaßnahmen unter Einbeziehung moderner Basistechnologien (z. B. Künstliche Intelligenz, cloud computing).
- 2) Kostenschätzung für a) die notwendigen Investitionen, die die modernen Technologien und Arbeitsweisen zusammenbringen und b) zielgruppenorientierte Schulungen im Rahmen der Umsetzung von digitalen Arbeitsplätzen und zur angestrebten Prozessoptimierung, angepasst an die Bedürfnisse der Mitarbeiter.
- 3) Vorschlag einer Prioritätenliste für die Optimierungen der grundlegenden Prozesse nach Produkten und Organisationseinheiten unter Berücksichtigung der planbaren Fluktuation insbesondere durch altersbedingte Verrentung zur Umsetzung in den nächsten Haushaltsjahren.
- 4) Vorschlag des zukünftigen Personalmindestbestands einzelner Organisationseinheiten unterteilt nach wesentlichen und nicht wesentlichen gekennzeichneten Produkten nach der Umsetzung von digitalen, möglichst fallabschließenden Prozessen entsprechend der Prioritätenliste.
- 5) Vorschlag für eine optimierte Raumnutzung der Büroflächen der Stadtverwaltung.

Im Hinblick auf die Attraktivitätssteigerung der Arbeitsplätze in der Verwaltung wird die Möglichkeit der verstärkten Homeoffice-Arbeitsmöglichkeit gewünscht und grundsätzlich ermöglicht. Dadurch wird der zukünftige Raumbedarf der derzeitigen Immobilienbestände neu bewertet werden müssen. Im Hinblick auf die vorhandenen Räumlichkeiten, unterteilt nach gemieteten und im Eigentum der Stadt befindlichen Büroflächen, soll hierfür zeitnah die Option der Reduzierung von Räumlichkeiten im Hinblick und die Höhe der möglichen Kosten-Ersparnisse untersucht werden.

- 6) Vorschlag einer zukünftigen schlanken Hierarchie-Struktur als weitere Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung der Arbeitgebermarke Stadtverwaltung. Ziel ist es eine zeitgemäße, mit möglichst wenig hierarchische Ebenen zu bilden und mehr Verantwortung und Kompetenzen der einzelnen Mitarbeiter und Teams einzuräumen. Kontrolltätigkeiten sollen, wenn rechtlich möglich, minimiert werden. Kontrollpflichtige Prozesse sollen auf das Vieraugenprinzip reduziert werden. Führungskräfte sollen zukünftig ausreichend Zeit für Führung haben und sollen

hierfür ausreichend qualifiziert werden.

Über den aktuellen Projektstand wird monatlich in den Ausschüssen Personal und Gleichstellung und Datenverarbeitung und Digitalisierung und zusätzlich nach Projektstart und Beauftragung der Beratungsgesellschaft anlassbezogen im Betriebsausschuss Eigenbetrieb GGS und vierteljährlich im Rat der Stadt Wilhelmshaven berichtet.

8.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

8.3.1 Bebauungsplan Nr. 80 A, 6. Änderung (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan 034 (VEP 034) -Güterstraße- / Gartencenter - 1. Zustimmung zum Durchführungsvertrag 2. Behandlung der Stellungnahmen Satzungsbeschluss **114/2022**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.05.2022 vor.

Der Bitte von **Oberbürgermeister Feist** auf **getrennte Abstimmung**, damit Herr Marušić vor dem Satzungsbeschluss den Durchführungsvertrag unterschreiben kann, wurde **einstimmig** nachgekommen.

Ziffer 1

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Rat stimmt dem Durchführungsvertrag zum o. a. Bebauungsplan Nr. 80A, 6. Änderung, zu und ermächtigt den Stadtbaurat zu dessen Unterzeichnung.

Ziffer 2

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), -zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. 9 S.1728) i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung den **Bebauungsplan Nr. 80A, 6. Änderung / Vorhaben- und Erschließungsplan 034 (VEP 034) – Güterstraße / Gartencenter-** aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB) als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-12) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 19.04.2022 ist dem Bebauungsplan gem. §9 (8) des BauGB beigefügt.

8.3.2 Bebauungsplan Nr. 40, 7. Änderung, Havermonikenstraße / 115/2022 Kohlenhafen Aufstellungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.05.2022 vor.

Herr Tönjes und **Frau Seyffer** zeigten sich skeptisch. Beide vertraten die Auffassung, dass die zugrundeliegenden Planungen zu alt und mittlerweile überholt seien. Sie bezweifelten, dass der Bau dieser Straße überhaupt noch notwendig sei, zumal keine Daten vorlägen, die eine besondere Belastung der Weserstraße belegten.

Herr Marušić erklärte, im Rahmen des Entwurfsbeschlusses würde jedoch der Lkw-Verkehr in diesem Gebiet nochmals betrachtet. Zudem machte er auf die hohe Fördermöglichkeit aufmerksam.

Frau Seyffer beantragte aufgrund der zuvor genannten Bedenken und zu vieler offener Fragen die **Verweisung an den Ausschuss für Planen und Bauen**. An der Diskussion zu diesem Geschäftsordnungsantrag beteiligten sich **Herr Schön, Herr Tönjes, Frau Stomberg, Herr Heinemann, Herr Dr. Weithöner** und **Herr Marušić**.

Herr Dr. Schulte beantragte **Nichtbefassung**. Dieser Antrag wurde zwischen den **Herren Schön, Heinemann, Bulla** und **Tönjes** diskutiert.

Da der Antrag von Herrn Dr. Schulte der weitergehende war, wurde zunächst über diesen abgestimmt:

Der Antrag auf **Nichtbefassung** wurde bei 12 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **Verweisungsantrag** von Frau Seyffer wurde bei 10 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

Anschließend erfolgte die weitere Erörterung zur tatsächlichen Lärmbelastung in der Weserstraße zwischen **Herrn Schön, Herrn Dr. Schulte, Frau Weinstock, Frau Mandt** und **Herrn Becker**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 28 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen - darunter Herr Tönjes - und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. **40, 7. Änderung** – Havermonikenstraße / Kohlenhafen-. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren -gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB- durchgeführt.

8.3.3 Bebauungsplan Nr. 227 (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan (038 (VEP 038) Kreuzungsbereich Preußen- / Möwenstraße Aufstellungsbeschluss **116/2022**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.05.2022 vor.

An der Diskussion über die Eignung des Standortes, den Antrieb der Busse, die zukünftige Verkehrsführung und die Auswirkungen auf die Hundefreilauffläche beteiligten sich **Frau Seyffer, Herr Marušić, Herr Brandt, Herr Tönjes, Herr Walzner, Herr Werner, Herr Fischer** und **Herr Walpurgis**.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 37 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 227 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 038 (VEP 038) - Kreuzungsbereich Preußen-/ Möwenstraße-. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.3.4 92. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973, Ehemalige Südzentrale, Aufstellungsbeschluss **118/2022**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.05.2022 vor.

Herr Dr. Schulte, Frau Kloster und **Herr Tönjes** sowie **Herr Walzner** verliehen ihrer Skepsis Ausdruck. Ihnen fehlte es konkreten Planungen, die auch öffentlich einsehbar sind.

Herr Stump, Herr Hager, Herr Fischer, Herr Schön und **Herr Marušić** hielten dem entgegen, dass die Planungen sowohl als Anlage zur Beschlussvorlage Nr. 68/2022 hinterlegt, als auch im letzten Rat vorgestellt worden seien. Zudem bestehe im weiteren Verfahren immer die Möglichkeit, Änderungen und Anpassungen vorzunehmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 28 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), die Aufstellung der 92. Änderung des Flächennutzungsplanes - EHEMALIGE SÜDZENTRALE -.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Sitzung für eine **Pause von 17:00 Uhr bis 17:15 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die weitere Beratung der Vorlagen des Ausschusses für Planen und Bauen.

8.3.5 Bebauungsplan Nr. 098 (vorhabenbezogen) Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 039 (VEP 039, Ehemalige Südzentrale, Aufhebungs- und Aufstellungsbeschluss **117/2022**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.05.2022 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 28 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes Nr. 98 vom 18.05.1994 (Vorlage 106/94), da die damaligen Planungsziele nicht umgesetzt wurden und durch die aktuellen Planungen überholt sind.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), gleichzeitig die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 98 (vorhabenbezogen) und des Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 39 (VEP 039) –EHMALIGE SÜDZENTRALE–.

8.3.6 Soziale Stadt Verlängerung der Gültigkeit der Sanierungssatzung "Westliche Südstadt" bis 31.12.2024 **126/2022**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.05.2022 vor.

Die **Herren Tönjes, Schön, Fischer, Dr. Schulte, Burkhardt, Tönjes** und **Marušić** diskutierten kurz zu den Fristen und der Möglichkeit der Verlängerung der Gültigkeit der Satzung, wie auch zum Umfang der Maßnahmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen)

Der Verlängerung der Sanierungssatzung für das Stadterneuerungsgebiet „Westliche Südstadt“ bis 31.12.2024 wird zugestimmt.

8.4 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration (Ratsherr Reese)**8.4.1 Antrag SPD-Fraktion: "Aufnahme Ukrainischer Geflüchteter" **522/2022******zurückgezogen****8.5 Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss (Ratsherr Fischer)****8.5.1 Streaming und Videoaufzeichnung von Ratssitzungen **213/2021****

Herr Fischer trug den Beschlussvorschlag des Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschusses vom 22.03.2022 vor und brachte anschließend den **gemeinsamen Änderungsantrag** der Gruppe FDP/FW, der Gruppe „GRÜNE und GfW“, der WIN@WBV-Fraktion und der CDU-Fraktion ein:

„Punkt 1 und 2 der Vorlage werden gestrichen. Und wie folgt neu gefasst:

1)

Die Leistungsbeschreibung ist zu überarbeiten und Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss zu beraten. Hier soll als Zielsetzung eine Ton- und Videoübertragung am Platz und am Redner:innen:pult festgelegt werden. Das Ergebnis ist dem Rat zum Beschluss vorzulegen.

2)

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Beschluss über die Leistungsbeschreibung eine unverbindliche Angebotsanfrage an AV- (Audio und Visual) und IT Fachfirmen zu stellen. Die Angebote sollen eine Hardwarelösung mit Installation, Support und Wartung umfassen. Die Fachfirmen solle ihre Lösungen in einem kurzen, möglicherweise kostenpflichtigen – so im Angebot auszuweisen – Erprobungsverfahren darstellen dürfen („Proof-of-concept“). Die Angebote sind dem Rat vorzulegen, der dann über das weitere Vorgehen entscheidet.“

Herr Tönjes beantragte für die Gruppe „Die BUNTEN“ die folgende **Änderung**:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

- 1. Der Rat nimmt das beigefügte Konzept über die technischen Anforderungen (sh. Anlage Leistungsbeschreibung) sowie der Verwendung eines Rednerpultes (sh. Fotos) der Verwaltung zur Kenntnis.*
- 2. Die Verwaltung erarbeitet weitere Konzepte mit der Vorgabe:*
 - a. einer reinen Audioaufzeichnung, -übertragung und Bereitstellung.*
 - b. einer möglichen Kooperation mit Medienvertretern und hier zu prüfen, unter welchen rechtlichen Bedingungen Aufnahmen Medienvertretern, mit dem Ziel der Berichterstattung, zur Verfügung gestellt werden können.*
- 3. Ein Entwurf zur Hauptsatzung wird dahingehend erstellt, dass Film/ und/oder Audioaufnahmen auch öffentliche Ausschusssitzungen umfassen kann.“*

An der Diskussion zum Thema beteiligten sich **Oberbürgermeister Feist, Herr Fischer, Frau Kloster, Herr Heinemann, Herr Burkhart, Herr Prof. Weithöner, Herr Walpurgis, Herr Schoolmann, Frau Muth, Frau Weinstock, Frau Heide, Herr Brandt und Herr Tönjes.**

Dabei wurde die Notwendigkeit eines barrierefreien Zugangs zu Ratssitzungen und die mögliche Nutzung des Angebotes durch die Bürger vor dem Hintergrund der kostenintensiven Anschaffung thematisiert, ebenso wie die Verpflichtung zur Nutzung des Rednerpultes.

Herr Heinemann erklärte, die CDU-Fraktion werde weder den Änderungsanträgen noch der Beschlussvorlage zustimmen, da dies noch aus einer Zeit mit anderen Vorzeichen stamme.

Herr Schönfelder machte darauf aufmerksam, dass über den Änderungsantrag der Gruppe „Die BUNTEN“ zuerst abgestimmt werden müsse, da dieser der weitergehende sei.

Der **Änderungsantrag** der Gruppe „Die BUNTEN“ wurde anschließend bei 7 Ja-Stimmen und 33 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **gemeinsame Änderungsantrag** wurde bei 25 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(inklusive Änderung, bei 25 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

- ~~1. Der Rat stimmt dem beigefügten Konzept über die technischen Anforderungen (sh. Anlage Leistungsbeschreibung) sowie der Verwendung eines Rednerpultes (sh. Fotos) zu.~~
- ~~2. Der Rat stimmt zu, die Änderung der Hauptsatzung durch den neu konstituierenden Rat beschließen zu lassen.~~

Punkt 1 und 2 der Vorlage werden gestrichen. Und wie folgt neu gefasst:

1)

Die Leistungsbeschreibung ist zu überarbeiten und Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss zu beraten. Hier soll als Zielsetzung eine Ton- und Videoübertragung am Platz und am Redner:innen:pult festgelegt werden. Das Ergebnis ist dem Rat zum Beschluss vorzulegen.

2)

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Beschluss über die Leistungsbeschreibung eine unverbindliche Angebotsanfrage an AV- (Audio und Visual) und IT Fachfirmen zu stellen. Die Angebote sollen eine Hardwarelösung mit Installation, Support und Wartung umfassen. Die Fachfirmen solle ihre Lösungen in einem kurzen, möglicherweise kostenpflichtigen – so im Angebot auszuweisen – Erprobungsverfahren darstellen dürfen („Proof-of-concept“). Die Angebote sind dem Rat vorzulegen, der dann über das weitere Vorgehen entscheidet.

[geändert auf gemeinsamen Antrag der Gruppe FDP/FW, der Gruppe „GRÜNE und GfW“ und der WIN@WBV-Fraktion im Rat am 18.05.2022.]

8.6 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)8.6.1 Neubau Trilaterales Weltnaturerbe Wattenmeer Partnerschafts- **138/2022**
zentrum (TWWP) - Ergebnisse nach Einsparungsuntersuchung

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 12.05.2019 vor

Nachdem **Herr Tönjes** erklärt hatte, er könne dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, informierte **Herr Marušić** auf Nachfrage von **Frau Kloster** in wie weit noch Fördermittel eingeworben werden können.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 31 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Die ermittelte Kostensteigerung von 270.000 € wird in den Wirtschaftsplan GGS 2023 eingestellt. Nach personeller Verstärkung durch einen Ingenieur als Projektsteuerer bei 17-30 kann das Projekt fortgesetzt werden und die unterbrochene Leistungsphase der Ausführungsplanung wiederaufgenommen werden.

Unter der Voraussetzung weiterer Fördermittelzusagen aus dem Förderantrag zum Projektauftrag Nationale Projekte des Städtebaus 2022 in Höhe von ca. 1.407.500 € oder unter Ausnutzung anderer Zuschussmöglichkeiten (im Gespräch sind 2 Mio. €) kann der gestiegene Eigenanteil durch die zusätzlichen Fördermittel verringert werden. Es wird somit trotz Kostensteigerung eine Fortsetzung des Projektes empfohlen.

8.6.2 Initiativantrag des Orsrates Sengwarden gem. § 94 Abs.3 NKomVG: **506/2022**
Richtlinie zur Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von
Grundvermögen der Gemeinde, soweit diese im Ortsratsgebiet liegen

Frau Mandt brachte den Antrag des Orsrates ein und beantragte gleichzeitig die **Vertagung**, damit die von der Verwaltung begonnenen Arbeiten an der Richtlinie abgeschlossen werden könnten.

Dem Vertagungsantrag wurde daraufhin **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: -vertagt-

Der Ortsrat schlägt dem Rat vor, nachfolgende Richtlinie zur Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Grundvermögen im Ortsratsgebiet (siehe Anlage) zu beschließen.

8.7 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Ratsherr Moriße)

8.7.1 Optimierung der Parkraumbewirtschaftung (hier: Handyparken, Parkgebühren, Parkzeiten, Parkbereiche) **132/2022**

Herr Moriße trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.05.2022 vor.

Herr Bulla beantragte, die Vorlage **an den Betriebsausschuss zurück** zu verweisen.

Der **Verweisungsantrag** wurde nach kurzen Wortmeldungen von **Herrn Marušić** und **Herrn Walpurgis** einstimmig **angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Einführung des Bezahlsystems „Handyparken – System „Smartparking Plattform e.V.“
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die als Anlage beigefügte Parkgebührenverordnung.

8.8 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)

8.8.1 Berufung/Abberufung eines beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss **102/2022**

Herr Hager trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 20.04.2022 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Folgende Neubesetzung im Jugendhilfeausschuss wird beschlossen:

1. Frau Gabriele Willich als Nachfolgerin der ausgeschiedenen Frau Gesa Hildebrandt und
2. Frau Christine Holstein als Stellvertretung für Frau Gabriele Willich.

8.9 Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)

8.9.1 Beauftragung einer Schulentwicklungsplanung (SEP) **129/2022**

Herr Ehlers trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 05.05.2022 vor.

An der Diskussion zum Thema beteiligten sich die **Herren Reinhard, Schönfelder, Bulla, Burkhart, Dr. Weithöner** sowie **Frau Weinstock**.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Die Stadt gibt eine Schulentwicklungsplanung (SEP) für die Grundschulen und die weiterführenden Schulen in Auftrag.
2. In der Schulentwicklungsplanung sollen insbesondere die Anforderungen an den verpflichtenden Ganztagsunterricht in den Grundschulen ab 2026, die Weiterentwicklung des Schulangebots im Sekundarbereich sowie die Bewältigung der Herausforderungen der Inklusion abgebildet werden.
3. Die Beauftragung ist an einen erfahrenen und fachkundigen Dritten vorzunehmen. Dieser soll nicht nur die Entwicklung der Schülerzahlen bewerten, sondern auch das schulräumliche Angebot prüfen und geeignete Empfehlungen abgeben.

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist übermittelte zunächst den Dank aus der Stadt Bydgoszcz für die Spenden zur Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine. Anschließend informierte er über das Konzept „Zukunftsperspektive Freibad Nord“, welches am 9. Mai Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH, sowie am 17. Mai dem Sportausschuss vorgestellt worden und im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung abrufbar sei.

Herr Marušić gab anschließend einen Überblick über den aktuellen Sachstand zur Umsetzung des Ratsbeschlusses bezüglich der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes.

10 Anträge

Frau Heide machte darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion entgegen dem Wortlaut in der Tagesordnung die Anträge zu den Punkten 10.5. und 10.6 nicht mittrage.

Darüber hinaus beantrage sie, alle folgenden Anträge in die zuständigen Fachausschüsse zu verweisen, da keine Eilbedürftigkeit bestehe, die eine Entscheidung in der heutigen Sitzung erfordere.

Nach kurzer Diskussion zwischen **Frau Mandt**, dem **Ratsvorsitzenden** und **Frau Weinstock** wurde beschlossen, die Anträge einzeln zu behandeln und darüber entsprechend zu bescheiden.

10.1 Antrag Gruppe „GRÜNE und GfW“: "Prüfauftrag zur Errichtung von Photovoltaik-Solarthermie-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden" **523/2022**

Frau Kloster brachte den Antrag der Gruppe „GRÜNE und GfW“ ein und beantragte die **Verweisung** an die zuständigen Fachausschüsse.

Der **Verweisungsantrag** wurde nach kurzer Diskussion zwischen den **Herren Fischer, Burkhart** und **Schönfelder einstimmig angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Die Verwaltung wird beauftragt die Dachflächen der städtischen Gebäude und Liegenschaften auf ihre jeweilige Eignung für Photovoltaik-Anlagen als auch Solarthermie durch einen externen Dienstleister prüfen zu lassen.

Darüber hinaus soll das Ergebnis der Analyse zusammen mit einem Bericht zu Investitionskosten sowie den resultierenden finanziellen wie ökologischen Einsparungsmöglichkeiten vorgelegt werden. Dabei sollen passende Förderprogramme ebenso eruiert werden, wie Beteiligungsformate für die Bürgerinnen und Bürger. In diesem Zuge sollen die Dachflächen ebenfalls auf eine mögliche Begrünung untersucht werden, wenn PV-Anlagen für diese nicht in Betracht kommen.

10.2 Antrag der CDU-Fraktion: Entwicklung geeigneter Projekte zur Förderung der Gesundheit und Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise an Schulen **526/2022**

Herr Suberg brachte den Antrag ein und beantragte die **Verweisung** an die Fachausschüsse.

Dem Verweisungsantrag wurde **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Inanspruchnahme der Förderprogramme („Aufholen nach Corona“ und „Startklar in die Zukunft“) zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise auf Schülerinnen und Schüler die Ergebnisse des DAK-Kinder- und Jugend Reports zu berücksichtigen und geeignete Projekte zur Förderung der Gesundheit an Schulen zu entwickeln.

10.3 Antrag der CDU-Fraktion: Einrichtung eines Studienseminars für das Berufsbild "Schulleiterin/Schulleiter" **527/2022**

Herr Suberg brachte den Antrag ein und beantragte die **Verweisung** an den Fachausschuss.

Dem Verweisungsantrag wurde **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Stadt Wilhelmshaven stellt beim Land Niedersachsen vorsorglich den Antrag, Ausbildungsstätte für Lehrkräfte zu werden, die das Berufsbild Schulleiterin/Schulleiter anstreben.

10.4 Antrag Gruppe "GRÜNE und GfW": WLAN für Geflüchtete in Sammelunterkünften **529/2022**

Herr Burkhardt brachte den Antrag und beantragte anschließend die Verweisung an die Fachausschüsse.

Nachdem **Oberbürgermeister Feist** über die Internetausstattung in den Flüchtlingsunterkünften informiert hatte, erklärte er, dass es sich seiner Meinung nach um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele, für das der Rat gar nicht zuständig sei.

Frau Zaage beantragte daraufhin **Nichtbefassung**.

Nach kurzer Diskussion zwischen **Frau Stomberg, Herrn Hager, Herr Weithöner** und **Herrn Tönjes** wurde der Antrag von Frau Zaage bei 22 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -Nichtbefassung-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

In den städtischen Unterkünften für Geflüchtete aus der Ukraine und für dort Helfende stellt das IT-Referat der Stadt bei Bedarf zeitnah kostenlosen WLAN Internetzugang zu Verfügung. Beispielsweise könnte WLAN im Bestand erweitert oder 5G/LTE-Router als WLAN-Hotspots bereitgehalten werden, die schnell und unbürokratisch gegen Unterschrift ausgegeben werden.

10.5 Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Gruppe "GRÜNE und GfW", WIN@WBV-Fraktion, Gruppe "Die BUNTEN" und Gruppe "FDP/FW": Beschlussverfahren über den Masterplan Stadtpark **534/2022**

Herr Heinemann brachte den Antrag ein und beantragte gleichzeitig die **Verweisung** an die zuständigen Fachausschüsse.

Herr Dr. Schulte machte auf die Eilbedürftigkeit dieser Angelegenheit aufmerksam, weshalb er einer Beratungsrunde in den Fachausschüssen skeptisch gegenüberstehe.

Herr Marušić erklärte, dass das Thema in Arbeit sei und in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe eine Vorstellung dazu erfolge.

Herr Heinemann zog seinen Geschäftsordnungsantrag daraufhin **zurück**.

Frau Weinstock sah vor dem Hintergrund der Information von Herrn Marušić keinen Hinderungsgrund, über den Antrag zu beschließen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Kloster** informierte **Herr Marušić**, dass nach der Vorstellung im Ausschuss eine Beschlussvorlage an den Rat erarbeitet werde.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 29 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat beschließt:

Über die endgültige Festlegung des Masterplans zu Restaurierung des Stadtparks und die Vergabe des 2. Bauabschnittes muss der Rat entscheiden.

10.6 Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Gruppe "GRÜNE und GfW", WIN@WBV-Fraktion, Gruppe "Die BUNTEN" und Gruppe "FDP/FW": Maßnahmen zur Einsparung von Energie durch die Stadt Wilhelmshaven **535/2022**

Herr Dr. Schulte brachte den gemeinsamen Antrag ein und begründete diesen.

Frau Mandt beantragte **getrennte Abstimmung**.

Herr Brandt beantragte **Nichtbefassung**.

Über den Antrag von Herrn Brandt wurde zwischen **Frau Stomberg, Herrn Tönjes, Herrn Marušić, Herrn Becker** und **Herrn Schön** kurz diskutiert.

Anschließend wurde der **Antrag auf Nichtbefassung** bei 26 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -**Nichtbefassung**-

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. mögliche Maßnahmen zu Einsparung von Energie - Strom, Gas Öl- in öffentlichen, der Stadt gehörenden Gebäuden, sowie öffentlichen Plätzen und Straßen zu ermitteln, dem Rat erneut zur Beschlussfassung vorzulegen und sodann umzusetzen.
2. TBW anzuweisen, die Straßenbeleuchtung in den Nebenstraßen in der Zeit von 0 bis 6 Uhr auszuschalten und lediglich die Straßen und Kreuzungen mit erhöhten Verkehrsaufkommen oder, wenn es zur Wahrung der Verkehrssicherungspflicht erforderlich ist, zu beleuchten.
3. Beleuchtung des Rathausturmes um 19.00h auszuschalten.

10.7 Initiativantrag des Orsrates Sengwarden gem. § 94 Abs.3 NKomVG: Aufnahme einer Kindertagesstätte in Fedderwarden in die Kindergartenbedarfsplanung und Ankauf eines Grundstückes **528/2022**

Frau Mandt brachte den Antrag ein und beantragte die **Verweisung** an den zuständigen Fachausschuss.

Anschließend beantwortete **Herr Schönfelder** eine Nachfrage von **Herrn Burkhardt** zum weiteren Ablauf im Falle einer Verweisung.

Der Verweisungsantrag wurde **einstimmig angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Der Ortsrat Sengwarden beantragt:

1. In die jährliche Kindergartenbedarfsplanung wird dauerhaft eine Kindertagesstätte in Fedderwarden aufgenommen, da diese zur Deckung des notwendigen Betreuungsbedarfs vor Ort erforderlich ist.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, das von der LEG der Stadt Wilhelmshaven zum Kauf angebotene Grundstück Poststraße/ Pastorenweg in Fedderwarden zu erwerben. Auf diesem Grundstück soll eine Kindertagesstätte gebaut werden.

Der Bau soll privatwirtschaftlich erfolgen, sofern die Stadt dies bis zum Jahr 2024 nicht selbst realisieren kann. Zur Refinanzierung des Ankaufs sollen die Grundstücke des „Hummelhus“ und des alten Feuerwehrgerätehauses in Fedderwarden dienen. Der Verkauf soll projektbezogen (z.B. für barrierefreies Wohnen) unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Rates erfolgen.

11 Anfragen11.1 Anfrage der AfD-Fraktion nach Schutzräumen für die Bevölkerung **525/2022**

Herr Marušić beantwortete die Anfrage der AfD-Fraktion wie folgt:

Frage 1):

Die Stadt Wilhelmshaven (Fachbereich Feuerwehr, Abteilung Vorbeugende Gefahrenabwehr, Bevölkerungsschutz) unterhält keine Schutzbauten mehr. Sämtliche Liegenschaften wurden an GGS abgegeben und zum größten Teil verkauft.

Frage 2):

Bei städtischen Neubauten sind keine Schutzräume geplant.

11.2 Anfrage Gruppe "Grüne und GfW": Erhaltung Gebäude "Alter Schlachthof" **530/2022**

Die Anfrage der Gruppe „GRÜNE und GfW“ wurde ebenfalls durch **Herrn Marušić** beantwortet:

1. Die Gebäude auf dem Gelände Alter Schlachthof sind ein Gruppendenkmal nach §3.3 NDSchG. Für das Schlachthofgelände ist ein Bebauungsplan in Vorbereitung. Das Gelände wurde von der Maritim-Karree GmbH an die Havencarree GmbH übertragen. Die Planungen wurden bereits im Rat vorgestellt und sind bekannt. Geänderte Planung sollen dem Rat in Kürze vorgestellt werden.

2. Hinsichtlich der historischen Bebauung auf dem Gelände wurde ein Telefonat mit dem Geschäftsführer der Havencarree GmbH, Herrn

Lindenblatt, geführt. Nach seiner Aussage wurde auf der am 04.05.2022 durchgeführten Gesellschafterversammlung beschlossen, dass mit dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan bereits parallel die Sicherung und anschließende Sanierung der Baudenkmäler auf dem Gelände einhergehen soll. Bereits vor dem Beginn der geplanten Neubebauung sollen die Maßnahmen eingeleitet werden.

3. Ja, der Zustand ist bekannt. Die anstehenden Maßnahmen werden dann eng mit der Unteren Denkmalbehörde (UDSchB) abgestimmt.
4. Ja. Seitens der Bauaufsicht sind die Schäden bekannt. Der Eigentümer wurde aufgefordert der Verkehrssicherungspflicht nachzukommen und den Erhalt der historischen Gebäude zu gewährleisten.
5. Wie 4.: Die Vorgaben der Denkmalbehörde werden jeweils individuell auf die vorzulegende Planung der Eigentümer abgestimmt. Derzeit liegen hierzu noch keine Anträge vor.

11.3 Anfrage Gruppe "Grüne und GfW": Zustand "Deichfriedhof"

531/2022

Herr Marušić beantwortete auch die zweite Anfrage der Gruppe „GRÜNE und GfW“:

1. Wer ist Grundstücksinhaber der Grundstücksfläche „Deichfriedhof“, Banter Deich 1a (Gelände hinter dem Pumpwerk)?

Grundstücksinhaber der westlich orientierten Grünfläche des Pumpwerkgeländes ist die Stadt Wilhelmshaven und sie befindet sich in der Zuständigkeit der Technischen Betriebe.

2. Ist der Grundstücksinhaber auch der Verantwortliche für die Fläche? Wenn nein, wer ist für den Erhalt und die Pflege des „Deichfriedhof“ verantwortlich?

Die angesprochene Grünfläche war seinerzeit ein kommunaler Friedhof und wurde als Deichfriedhof benannt. Letzte Bestattungen erfolgten 1935. Der Friedhof wurde mit noch 22 restverbliebenen Gräbern am 27.12.1967 geschlossen und am 30.05.1969 entwidmet. Somit handelt es sich nicht mehr um eine Fläche mit Zweckbestimmung *Friedhof*, sondern *Öffentliche Grünfläche*. Fragmentarisch sind in die Parkgestaltung der 70iger Jahre einige Grabsteine am umlaufenden Weg als Zeitzeugen integriert worden.

Die Fläche befindet sich heute in Mischnutzung. Die Spielplätze (Bolzplatz und Spielplatz am Pumpwerk) werden von TBW betrieben und gepflegt. Die Rasenflächen werden temporär für Veranstaltungen von der WTF genutzt (veranstaltungsbedingte Verunreinigungen oder ähnliche Beeinträchtigungen sind durch die WTF zu verantworten und zu entfernen), Wege und die waldartigen Gehölzbestände sowie die Rahmenbepflanzung werden von TBW unterhalten. Für die Pflege des Gedenkortes der Explosionsopfer (Stein mit Namen zum Gedenken an das Unglück am 21.09.1907) spricht sich seit Errichtung (Herrichtung durch TBW) der SPD- Ortsverein Süd als Grünpflegepartner aus. Der Bouleplatz mit mehreren Bahnen wird vom Pétanqueverein Wilhelmshaven e.V. gepflegt.

3. Ist die Verwaltung über den derzeitigen Zustand des Deichfriedhofes informiert?

Ja, die Anlage wird regelmäßig mit mittlerer Pflegeklasse gepflegt. Eine Friedhofsadäquate, höherwertige Pflege der Grünanlage ist aufgrund der Nutzungsänderung vor über 50 Jahren nicht erforderlich. Die Verwaltung hat dauerhaft Kenntnis über den Pflegezustand.

4. Welche Maßnahmen sind für den Erhalt und die Pflege des Deichfriedhofes in 2022 vorgesehen?

Wie erwähnt befindet sich die Grünanlage nicht mehr in der Nutzung als Friedhof und ist somit nicht mehr als solche zu erhalten bzw. zu pflegen. Vielmehr hat TBW ein Freiflächen-/ Nutzungskonzept im Zusammenhang mit der Umgestaltung/ Bauliche Veränderung des Pumpwerkgebäudes in 2019 in Auftrag gegeben, indem grobe Nutzungsräume für die zukünftige Nutzung der Grünanlage zugewiesen wurden. Als Schwerpunkte der Nutzung sind sinnvoller Weise für das Pumpwerkgelände als Kultur- und Veranstaltungsstätte vor allem „Außenveranstaltung/ Festivitäten sowie Park- und Freizeitnutzung (Bolzplatz, Picknickareal, Spielplatz) zu benennen.

5. Auf dem Deichfriedhof befinden sich auch zwei Gedenksteine, was das Grundstück unseres Erachtens zu einer Gedenkstätte macht. Ist der Denkmalschutz in den Erhalt des Deichfriedhofes involviert?

Laut Niedersächsischem Landesamt für Denkmalpflege handelt es sich bei dem Grundstück des ehemaligen Deichfriedhofes weder um ein Bodendenkmal noch besitzt es die Merkmale einer Gedenkstätte. Da es in seiner Funktion keinen Deichfriedhof mehr an der Stelle gibt, ist ein Erhalt des solchen obsolet, die Einbindung der Denkmalbehörde ist in zukünftige Planungen nicht erforderlich. Für den Erhalt der Grabsteine ist das Kulturbüro eingebunden.

11.4 Anfrage Gruppe "Grüne und GfW": Zustand "Städt. Lagerhaus"

532/2022

Die dritte Anfrage der Gruppe „GRÜNE und GfW“ wurde erneut durch **Herrn Marušić** beantwortet:

Frage 1:

Der Zustand des denkmalgeschützten ehem. Lagerhauses Luisenstraße 1 ist bekannt. Die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH (SWV) hat jedoch nicht die finanziellen Mittel, das Gebäude zu erhalten. Aus diesem Grund sollte das Gebäude lt. Beschluss im Jahr 2020 an die GGS veräußert werden. Die GGS teilte mit, dass die Gesellschaft in 2021 keine Kapazitäten finanziell wie personell für die Übernahme der Liegenschaft zur Verfügung hat.

Somit wurde beschlossen, den Verkauf des Gebäudes erneut öffentlich auszuschreiben. Eine erste Ausschreibung zum Verkauf des Grundstückes 2019 ergab kein zufriedenstellendes Ergebnis. Die Angebote lagen weit unter dem Mindestgebot von 350.000,00 € und auch die Konzepte entsprachen nicht den Vorstellungen.

Am 16.02.2022 wurde in der Gesellschafterversammlung der Beschluss gefasst, die Liegenschaft Luisenstraße 1 erneut zum Verkauf auszuschreiben. Der Verkauf steht

unter dem Vorbehalt der Beteiligung des Bauausschusses sowie der Zustimmung des Rates der Stadt Wilhelmshaven.

Seit der 17. KW 2022 wird das Gebäude zum Mindestpreis von 290.000,00 € (lt. Verkehrswertgutachten von 2021) wieder angeboten.

Folgende Mängel/Schäden sind bekannt:

- Erhebliche Schäden am Mauerwerk (innen und außen)
- Schädlings- und Pilzbefall
- Schäden an der Dacheindeckung und am Dachstuhl
- Abgängige Dachgauben
- Fenster (ca. 70 Stück) abgängig
- Abgehende Bewehrung der Zugangsrampen Nord und Süd.

Frage 2:

Es sind derzeit keine eigenen Maßnahmen der Verwaltung geplant.

Frage 3:

Das Städt. Lagerhaus ist ein Einzeldenkmal nach §3.2 NDSchG. Der Zustand ist der Denkmalschutzbehörde bekannt. Eigentümer ist die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft GmbH.

Die Vorgaben der Denkmalschutzbehörde werden jeweils individuell auf die vorzulegende Planung der Eigentümer abgestimmt. Derzeit liegen hierzu noch keine Anträge vor.

11.5 Anfrage Gruppe "GRÜNE und GfW" zum beabsichtigten Verkauf bzw. Ankauf des Jadezentrums im Jahr 2012 **533/2022**

Auch die Beantwortung der letzten Anfrage der Gruppe „GRÜNE und GfW“ erfolgte durch **Herrn Marušić**:

Dem Erwerb des Gebäudekomplexes Jadezentrum zwischen Grenz-, Gerichts- und Bremer- sowie der Überbauung Peterstraße zur Größe von 14.296 m², hat der Rat in seiner Sitzung am 20.06.2012 zugestimmt.

Laut Protokoll erkundigte sich Herr Walpurgis in der Sitzung nach einem möglicherweise durch Asbest vorhandenen Risiko. Herr Leinert machte darauf aufmerksam: „dass das Gebäude bis 2019 Bestandsschutz besäße und im derzeitigen Zustand weiterhin genutzt werden könne. Sicherlich sei man vor Überraschungen nicht sicher, doch könne man nach gründlicher Planung mit diesen Problemen durchaus umgehen“. Eine Einschränkung der Nutzung sehe er dadurch nicht.

Im Zuge der Übernahme der Gebäude hatte GGS das Büro Wessling GmbH mit der Inspizierung schadstoffverdächtiger Baustoffe beauftragt.

Eine erste Einschätzung ist dazu am 10.08.2012 erfolgt, in der auch auf das wahrscheinliche Vorhandensein von Asbest in bestimmten Bauteilen eingegangen wurde. Ein verdächtiger Spritzputz wurde bereits am 23.07.2012 untersucht, in dem aber kein Asbest, sondern künstliche Mineralfasern festgestellt wurden.

Für die weitere Beurteilung waren umfangreiche chemische Analysen, nach noch zu erfolgenden Kartierungen und Untersuchungen erforderlich.

Ein umfangreiches Gutachten über die Schadstoffuntersuchung wurde am 09.12.2014 von der Firma Wessling vorgelegt.

Wie bei allen Gebäuden aus dieser Bauzeit sind eine Vielzahl von Schadstoffen festgestellt worden. Unter anderem auch Asbest in Wandspachtelmassen, oder in den Dichtungen von technischen Anlagen wie z.B. Brandschutzklappen und Brandschutztüren.

Vor dem Abbruch baulicher Anlagen sind diese Schadstoffe zu entfernen.

Ein Betrieb der Stadthalle im unveränderten Zustand konnte bis zum Schluss gefahrlos erfolgen.

12 Einwohnerfragestunde II

12.1 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Kleinow zeigte sich erfreut über die Arbeit im Rat.

Nach Abschluss des öffentlichen Teils wurde die Sitzung für eine weitere **Pause von 19:00 Uhr bis 19:15 Uhr** unterbrochen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

gez.

gez.

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

Feist
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin